ZU-01-264: Zusammen das Beste geben: Mit Qualifikation, Teilhabe und Einwanderung mehr Fachkräfte gewinnen

Antragsteller*innen	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW (dort beschlossen am: 31.03.2023)

Antragstext

Nach Zeile 264 einfügen:

- aufbauend auf dem Rechtsanspruch auf Bundesebene über eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie in NRW allen jungen Menschen eine sichere Perspektive bieten.

Begründung

Das von Bundesminister Heil vorgelegte Gesetz ist ein erster Schritt, jungen Menschen eine gute Zukunftsperspektive zu bieten. Allerdings greift der Vorschlag zu kurz, der Rechtsanspruch garantiert nicht in allen Regionen einen Ausbildungsplatz. Außerdem fehlt im Gesetz ein klares Bekenntnis zur Förderung der betrieblichen Ausbildung. Bundesweit bilden weniger als 20% der Betriebe überhaupt aus. Um auch die betriebliche Ausbildung zu stärken, müssen wir die Wirtschaft an den Kosten beteiligen und wollen zu einem umlagefinanzierten Modell in Nordrhein-Westfalen kommen. So kann jeder junge Mensch einen Betrieb finden, bei dem er*sie eine Ausbildung machen kann. Das Land Bremen geht mit einem Ausbildungsfonds bereits voran, als größtes Bundesland und soziales Gewissen der Bundesrepublik wollen wir hier nachziehen.

Unterstützer*innen

Jürgen Klug (KV Soest), Dani Marie Brück (KV Oberberg), Helena Jamal (KV Essen), Taran Mostofizadeh (KV Essen)